

CDU-Chef Ingo Schmitt:

*„Wir wollen eine
Unterrichtsgarantie
statt 22 Millionen für
die Einheitsschule.“*



Wortbrecher Wowereit



„Das ist wohl der schnellste Wortbruch der Berliner Geschichte“, stellt der Vorsitzende der CDU Berlin, Ingo Schmitt, zu den Plänen des Wowereit-Senats die Einheitsschule einzuführen, fest.

Klaus Wowereit (SPD) hatte während des Wahlkampfes zum Abgeordnetenhaus immer wieder betont, er wolle beim Thema Einheitsschule keinen Kulturkampf. Zuletzt hatte der SPD-Politiker beim TV-Duell im RBB auf Nachfrage erklärt, dass er an diesem Thema auch die Neuaufgabe der rot-roten Koalition platzen lassen wolle.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Schmitt sieht eine

Parallele zum Ex-SPD-Parteivorsitzenden Müntefering, der öffentlich geklagt hatte, dass man die Politik nicht an ihren Wahlversprechen messen solle. Für besonders dreist hält Schmitt die Ausflüchte aus der SPD-Parteispitze. Dort verstehe man die Aufregung gar nicht, der Wunsch die Einheitsschule auf den Weg zu bringen, habe doch im Wahlprogramm gestanden, heißt es. Schmitt: „Solch eine Politik der gespaltenen Zunge auf dem Rücken unserer Kinder, werden die Menschen nicht vergessen.“ Der Senat will nun 22 Millionen für „freiwillige Pilotprojekte“ bereitstellen. „Bei dieser erheblichen Summe Gel-

des wird manche Schule dem Ruf der Silberlinge nicht widerstehen können. In Bildung zu investieren hieße stattdessen, mit dem Geld die von der CDU im Wahlkampf geforderte Unterrichtsgarantie auf den Weg zu bringen. Mit der genannten Summe hätte dies gelingen können zum Wohle aller Berliner Schülerinnen und Schüler und nicht nur zum Wohlerer, die ideologisch gewollt sind“, sagt der CDU-Politiker. Die Situation an den Berliner Schulen, so Schmitt, habe sich keinesfalls nach oder gar mit der Wahl gebessert. Nach den aufrüttelnden Ereignissen an der Rütli-Schule versuche der

rot-rote Senat stattdessen zum Alltagsgeschäft überzugehen. Als weitere aktuelle Probleme nennt Schmitt beispielhaft die zwangsweise Hortverlagerung in die Schulen, die mit Raum- sowie Personalproblemen ein-

der Menschen gelangen werde. Schmitt hegt eine letzte, wie er selbst sagt, allerdings kleine Hoffnung.

Schmitt: „An diesem Wochenende beraten die Parteitage von PDS und SPD über den

„Womöglich gibt es aber noch Sozialdemokraten, die den Wortbruch Wowereits nicht durchgehen lassen.“

hergehe und bei der eine sinnvolle Betreuung auf der Strecke bleibe sowie die Verdrängung des Religionsunterrichts durch Rot-Rot, welcher in diesem Schuljahr erst ins Bewusstsein

Koalitionsvertrag. Das Votum der PDS für die Einheitsschule ist sicher. Womöglich gibt es aber noch Sozialdemokraten, die den Wortbruch Wowereits nicht durchgehen lassen.“

Nach Karlsruhe: Werben für Solidarität – nicht provozieren

Zum Stand der Berliner Politik nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteilnimmt der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedbert Pflüger in einem Namensartikel Stellung:

Das Urteil von Karlsruhe war ein schwerer Schlag für Berlin. Richtig ist, dass das Urteil die besondere Lage Berlins, seine Geschichte, die beiden deutschen Diktaturen und den schwierigen Prozess der Überwindung der Einheit

nicht ausreichend gewürdigt hat. Die finanziellen Folgen der viel zu schnellen Reduzierung der Berlinhilfe und Berlinförderung Mitte der 90er Jahre durch den



Friedbert Pflüger rechnet nach dem Verfassungsgerichtsurteil mit dem Wowereit-Senat ab.

Bund konnten wir nicht allein bewältigen.

Andererseits hat das Urteil ganz eindeutig den rot-roten Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Wowereit in die Verantwortung genommen. In der Urteilsverkündung zitierte der Verfassungsrichter den Wowereit-Slogan „Arm, aber sexy“. Dieser Satz sei von Verfassung wegen nicht zu beanstanden, so Hassemer. Zudem sei Berlin vielleicht deshalb

sexy, weil es doch nicht so arm sei. Dies kann nur als Demütigung an die Adresse Wowereits verstanden werden.

Fortsetzung auf Seite 8:

**Ein Jahr Regierung
Angela Merkel
Seite 4 und 5**

Hat Wowerit Kultur?

SPD und PDS haben sich Anfang November auf eine inhaltliche Koalitionsvereinbarung verständigt, die von der Presse als ideenloses „Sammelurium“ kommentiert wurde. Gleichzeitig ist ein neuer Ressortzuschnitt vereinbart worden, bei dem es wenig Licht und viel Schatten gibt. Dass die Bereiche Jugend, Schule und Wissenschaft in einem neuen Mammut-Ressort gebündelt werden sollen, ist prinzipiell zu begrüßen, schreit aber geradezu nach einer starken Führungspersönlichkeit. Offenbar nichts, was die Berliner SPD aus den eigenen Reihen rekrutieren könnte. Stattdessen wurden sogar zwei niedersächsische SPD-Politiker ins Spiel gebracht. Seltsam ist das schon. Hatte Wowerit im Wahlkampf nicht deutlich gemacht, dass Niedersachsen in Berlin eigentlich nicht erwünscht seien? Geschenk. Der Wort-



Henkel redet Klartext

bruch bei der Einheitsschule zeigt, dass man nicht alles für bare Münze nehmen darf, was die Sozialdemokraten so im Wahlkampf erklären.

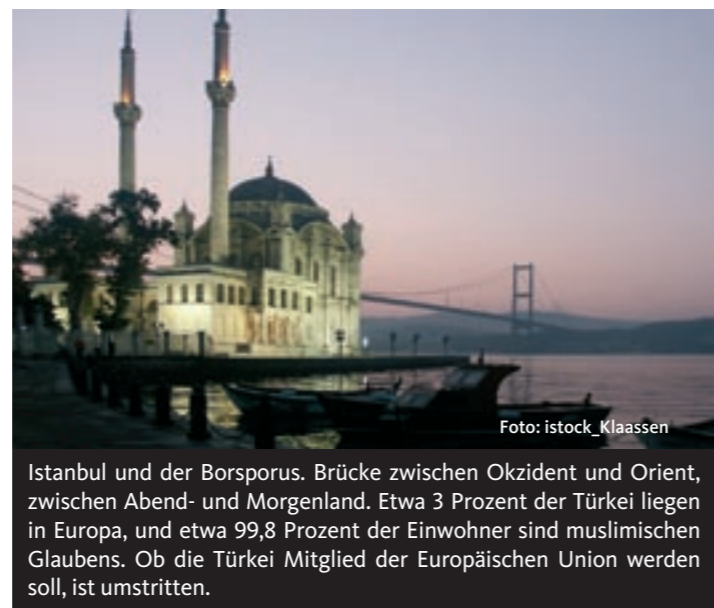
Da sich die PDS gegenüber der SPD in allen wesentlichen inhaltlichen Punkten durchgesetzt hat, wird das Kulturressort im Gegenzug nun als Halbtagsjob beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt und damit zur Nebensache degradiert. Wie er den neuen Job auszufüllen gedenkt, hat Wowerit in den vergangenen Wochen eindrucksvoll vorgelebt: Mit Schnoddrigkeit und in Gutsherrenmanier. Selbst der geschasste Ex-Kulturreisner Flierl bezeichnete den Zuschnitt als „Verlegenheitslösung“. Es ist nicht üblich, einen gescheiterten PDS-Politiker mit fragwürdigem historischen Koordinatensystem als Kronzeugen heranzuziehen. Aber wo der Mann recht hat, hat er recht.

Europäische Union doch ohne Türkei?

Angela Merkel hat Recht behalten: Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind in eine Sackgasse geraten.

Seit dem 8. November ist es offiziell: Die Europäische Kommission stellt in ihrem Fortschrittsbericht über die Beitrittsverhandlungen mit der EU fest, dass die Türkei gegenwärtig noch nicht in der Lage ist, die Europäischen Union beizutreten. Weder das Justizsystem noch der Minderheitenschutz und die Einhaltung der Menschenrechte entsprechen den Mindestanforderungen der Europäischen Union. So ist bislang die Ausübung christlicher Religionen in der Türkei denkbar schwierig. Von einer in der Europäischen Union selbstverständlichen Gleichberechtigung der Religionen ist man in der Türkei Lichtjahre entfernt. Unabhängig davon wären die Kosten für einen Beitritt der Türkei so hoch, dass sie weder von der Europäischen Union noch

von der Türkei selbst getragen werden können. Diese Einsicht scheint sich auch in der Türkei selbst immer mehr durchzusetzen.



Istanbul und der Bosphorus. Brücke zwischen Okzident und Orient, zwischen Abend- und Morgenland. Etwa 3 Prozent der Türkei liegen in Europa, und etwa 99,8 Prozent der Einwohner sind muslimischen Glaubens. Ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll, ist umstritten.

Jedenfalls ist die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in der Türkei selbst rapide gesunken. Nur noch rund ein Drittel der türkischen Bevölkerung begrüßt einen Beitritt ihres Landes. Das größte Hindernis

auf dem Weg in die Europäische Union ist für die Türkei jedoch die Zypernfrage. Nach wie vor lehnt Ankara - wohl

auch auf Druck der übermächtigen Militärs im Lande - eine Anerkennung des griechischen Teils Zyperns kategorisch ab. Weder Flugzeuge noch Schiffe des EU-Mitgliedslandes Zypern dürfen türkische Häfen

oder Flughäfen anfliegen beziehungsweise anlaufen. Jede Handelstätigkeit zwischen der Türkei und Zypern ist von Ankara abgeschnitten worden. Gerade der freie Handel ist aber seit den Römischen Verträgen von 1957 Grundprinzip der Gemeinschaft. Eine Verweigerung der Anerkennung durch die Türkei schließt daher ohne wenn und aber einen Beitritt der Türkei aus. Die Andeutung der Kommission, dass eine Verweigerung der Anerkennung Zyperns die Beitrittsverhandlungen beenden würde, ist daher nur die logische Konsequenz. Angela Merkel und die Union haben frühzeitig davor gewarnt, der Türkei mit Beitrittsverhandlungen falsche Hoffnungen zu machen. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, dass jetzt wahrscheinlich auf Angela Merkel die Aufgabe zukommen wird, in ihrer EU-Präsidentschaft die verfahrenere Situation, die Rot-Grün mit herbeigeführt hat, zu entwirren.

Letzte Ausfahrt



Gibt es eine letzte Chance für den City-Airport Tempelhof, die „Mutter aller Flughäfen“, wie ihn der britische Architekt Sir Norman Foster nennt? Ein amerikanischer Investor bemüht sich aktuell ein Unternehmens- und Medizinzentrum im Herzen Berlins aufzubauen. Die Kanzlerin Angela Merkel beriet diese Woche ebenfalls mit Klaus Wowerit über die Zukunft des Flughafens.

Doch nach wie vor droht der Schließungsbescheid der Berliner Luftfahrtbehörde. Zum 31.10. 2007 soll Schluss sein mit dem Flugbetrieb am Standort Tempelhof, den zu seinen

besten Zeiten gut fünfzehn Millionen Fluggäste pro Jahr nutzten.

Gegen den Schließungsbescheid haben die auf dem Innenstadtflygafen stationierten Regionalfluglinien und Geschäftsflieger bereits im Jahr 2004 Klage erhoben. Am 19. Dezember soll das Urteil verkündet werden.

Dabei gibt es schon seit längerem ein weiteres Angebot eines Investors, den Flughafen zu übernehmen. Voraussetzung hierfür ist die Zusage der Politik, dass Tempelhof langfristig offen gehalten und die Geschäftsflierei fortgeführt wird. Hierfür steht die Klärgemeinschaft um das Business-Charter-Unternehmen Windrose Air

bereit. Für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vom Haupteigentümer Bund mit der Vermarktung des Geländes betraut, ist dieser Aspekt wichtig: Lässt sich doch für eine Immobilie ein umso höherer Preis erzielen, je stärker den Vorstellungen des Investors hinsichtlich der Verkehrsanbindung entsprochen wird.

Unterstützung bekommt der Innenstadtflygafen auch vom Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Rzepka: Er kämpft nach wie vor für die Fortsetzung des Flugbetriebs im Herzen Berlins. Zu diesem Zweck bereitet der Abgeordnete einen Antrag vor, der von den Regierungsparteien in das Parlament eingebracht

werden soll. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Fortführung des Flugbetriebs in Tempelhof in Form einer Public-Private-Partnership (PPP) zu prüfen. Diese könnte bestehen aus dem Bund, dem Land Berlin, Luftfahrtunternehmen sowie weiteren privaten Investoren.

Ebenfalls hilfreich ist in diesem Zusammenhang das von der ICAT für Dezember geplante Volksbegehren zur Offenhaltung Tempelhofs. Um es beantragen zu können, benötigt die Interessensgemeinschaft 20.000 Unterschriften. CDU und FDP in Bezirk und Abgeordnetenhaus unterstützen das Vorhaben.

Kein Schlussstrich unter Stasi-Unrecht

Der Gesetzentwurf für die Novelle des Stasiunterlagen-Gesetzes hat zum Teil scharfe Kritik hervorgerufen. Die ursprünglich für Anfang November geplante Bundestagsabstimmung wurde vorerst von der Tagesordnung genommen.

Der Generalsekretär der Berliner CDU, Frank Henkel, bezeichnete die Verschiebung als „richtigen Schritt“. In der bisherigen Vorlage ist unter anderem vorgesehen gewesen, dass die Überprüfung von Personen auf eine Mitarbeit bei der DDR-Staatsicherheit zum 21. Dezember 2006 weitgehend unzulässig wird. Dies bedürfte dringend einer Änderung, so der CDU-Politiker.

Henkel: „Die im ursprünglichen Gesetzesentwurf vorgesehene enge Fassung der Personengruppen ist absolut unzureichend. 16 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur sind längst nicht alle Verstrickungen aufgeklärt. Einen leichtfertigen Schlussstrich unter das Unrecht von Stasi-Tätern darf es daher nicht geben. Dies wäre der Anfang vom Ende der Aufarbeitung der SED-Diktatur.“

Der CDU-Generalsekretär rief alle Verantwortlichen im Gesetzgebungsprozess auf, den Entwurf schnellstmöglich zu überarbeiten. Statt eine faktische Amnestie zu erlassen, sei vielmehr eine breitere Definition der Personengruppen, die überprüft werden können, erforderlich.

Ohne eine solche Anpassung käme es zu einer dramatischen Verschiebung des gesellschaftlichen Koordinatensystems. Henkel verwies auf die Fälle eines Berliner Hoteliers sowie eines ehemaligen Stasi-Majors, der 2005 eine leitende Tätigkeit an der Berliner Charité aufgenommen hatte. Diese Fälle legten den Verdacht nahe, dass ehemalige Stasi-Kader auch heute noch in vielen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport aktiv seien.

Im Zusammenhang mit dem SED-Unrecht forderte der CDU-Politiker zudem die Bundesregierung auf, endlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation der Opfer des

SED-Regimes zu verbessern: „Während 11.000 ehemalige DDR-Kader über einhundert Millionen Euro Rentennachzahlung kassieren, kämpfen die Opfer und Verfolgten des SED-Regimes nach wie vor um gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung.“

Die Bundesregierung muss nun endlich tätig werden und die im Koalitionsvertrag beschlossene Unterstützung gewährleisten. Für die Berliner CDU zählt dazu auch die Einführung einer Ehrenpension für die Opfer und Verfolgten der SED-Diktatur. Es ist längst überfällig, die Opfer von SED-Unrecht für ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie auch materiell zu würdigen.“



CDU gegen politischen Extremismus

So viel Einigkeit ist selten. Vertreter aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien standen bei andauerndem Regen vor dem Fontanehaus in Reinickendorf und setzen ein Zeichen gegen Extremismus. Im Fontanehaus fand an diesem Tag der Bundestag der CDU statt. Die Bezirksbürgermeisterin von Reinickendorf Marlies Wanjura (CDU) hatte mit ihrem Bezirksamt bis zuletzt versucht den Parteitag zu unterbinden, war aber vor Gericht unterlegen.

Auf der Kundgebung in Sichtweite des Tagungsortes sprachen neben Wanjura der Parlamentarpräsident Walter Momper sowie der Fraktionsvorsitzende der CDU, Friedbert Pflüger, Petra Pau (PDS), Volker Ratzmann (Grüne) und Mieke Senftleben (FDP) außerdem ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde und der Evangelischen Kirche. CDU-Fraktionschef Pflüger: „Im Sommer haben wir uns angesichts des Meeres an schwarz-rot-goldenen Fahnen auf den Plätzen und in den Stadien über das neue Gefühl im Um-

gang mit unserer Nation in ganz Deutschland gefreut. Es geht dabei um das Gefühl des Stolzes auf die eigene Nation, nicht um gesteigerten Nationalismus.“

Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt unterstützte den Protest: „Nach dem Einzug von rechtsextremen Parteien in fünf Bezirksverordnetenversammlungen müssen die demokratischen Kräfte ein deutliches Signal abgeben: In Berlin ist kein Platz für rechtsextremes Gedankengut. Wir werden uns von rechtsextremen Provokationen nicht beirren lassen und werden den politischen Extremismus auch in Zukunft mit allen Mitteln, die einer wehrhaften Demokratie zur Verfügung stehen, bekämpfen.“

Der CDU-Generalsekretär und Innenrechtsexperte, Frank Henkel, sieht einen NPD-Verbotsantrag nicht als „Allheilmittel“. Henkel: „Verfassungs-



Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU), Delik Kolat, Walter Momper (beide SPD) und CDU-Fraktionsvorsitzender Friedbert Pflüger

und Sicherheitsorgane stehen vor der Herausforderung, V-Leute aus NPD-Kreisen abzugreifen und dennoch einen Nachweis über die Verfassungsfeindlichkeit der Partei zu erbringen. Selbst bei einem Parteiverbot bleibt die Gefahr bestehen, dass sich die Rechtsextremen neu organisieren. Wenn überhaupt, dann muss ein Verbotsvorhaben sorgfältig geprüft und vorbereitet werden. Ak-

tionismus ist völlig fehl am Platze, denn eine Blamage wie 2003 kann sich auch eine wehrhafte Demokratie nicht leisten. Das beste Mittel gegen extreme Ideologien ist es ohnehin, ihrem vermeintlichen und heuchlerischen Einsatz für die sozial Schwachen den Nährboden zu entziehen. Dazu bedarf es einer Politik, die sich konsequent an Arbeit, Bildungschancen und sozialer Gerechtigkeit orientiert.“

IN KÜRZE

Bundvorsitzender der Schüler-Union aus Berlin

Am 11. November 2006 hat die Schüler Union Deutschland den Berliner Lukas Krieger zu Ihrem Vorsitzenden gewählt. Lukas Krieger kommt aus dem Kreisverband Steglitz-Zehlendorf und feierte nicht nur seine Wahl, sondern auch gleichzeitig seinen 19. Geburtstag. Die Berliner Rundschau wünscht ihm in seinem neuen Amt viel Erfolg!

Großer Erfolg des RCDS an der TU Berlin

Ein Bündnis des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und der Unabhängigen Listen konnte erstmals seit vielen Jahrzehnten die links strukturierte Mehrheit an der Technischen Universität Berlin (TUB) brechen und stellt nun die klare Mehrheit im Allgemeinen Studierendenausschuss (ASTa). Der neue Vorsitzende Gottfried Ludewig will die neue Mehrheit nutzen, um wieder eine echte Studentenvertretung zu werden. Der Etat des ASTa von ca. 400.000,- EUR im Jahr soll nicht länger für zum teil dubiose Projekte verschwendet werden. Eine konstruktive Arbeit mit den anderen Hochschulgremien stehe im Vordergrund.

Otto Wulff als SU-Vorsitzender bestätigt

Der Vorsitzende der Senioren Union Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, ist mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Wulff war Mitglied des Regierungsteams von Friedbert Pflüger im Wahlkampf 2006 und sollte der erste Seniorenbeauftragte des Berliner Senats werden.

Polizeiarbeitskreis (PoIAK) für Berliner Feuerwehr

Der Vorsitzende des Polizeiarbeitskreises (PoIAK) der Berliner CDU, Peter Trapp MdA, hat eine angemessene Reaktion des Innensenators auf Zeitungsberichte über Angriffe auf Feuerwehrleute im Einsatz gefordert.

Mehr Beschäftigte – mehr Einnahmen

Die neuen Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit für den Oktober sind ein erfreuliches Zeichen.

Seit Anfang des Jahres sind in Deutschland mehr als 258.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Unter Rot-Grün wurden solche Stellen noch zu Tausenden abgebaut. Die Zahl der Arbeitslosen

ist in Deutschland im Oktober um 153000 auf 4085000 gesunken. Das waren 471000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Damit ging die Arbeitslosenquote um 0,3 Punkte auf 9,8 Prozent zurück. Das ist der tiefste Stand seit vier Jahren.

Das Stellenangebot, das laut BA im Oktober weiter deutlich über dem Vorjahreswert lag, hat saisonbereinigt gegenüber dem September

um 45000 zugenommen und weist jetzt 825000 offene Stellen aus. Die Arbeitsmarktzahlen zeigen deutlich, dass es mit Deutschland bergauf geht.

Der Arbeitskreis Steuer-schätzung hat eine weitere gute Nachricht verkündet: Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden fallen 2006 und 2007 um voraussichtlich 39,5 Milliarden Euro höher aus als erwar-

tet. In diesem Jahr rechnen die Steuerschätzer mit einem Plus für den Gesamtstaat von 19,4 Milliarden Euro, im kommenden Jahr sollen es 20,1 Milliarden Euro sein. Damit werden die Steuereinnahmen so stark ansteigen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Ein äußerst erfreuliche Tatsache. Neben der Sanierung des Bundeshaushaltes will die Bundesregierung unter Angela Merkel mit den

Mehreinnahmen den Beitrag für die Arbeitslosenversicherung ab 2007 noch stärker absenken: nämlich um 2,3 (bisher geplant 2,0) Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Damit wird der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich verstärkt. Die Vorzeichen bei der Konjunktur und dem Arbeitsmarkt haben sich seit Beginn der Regierungsarbeit unter Angela Merkel um- und zum Besseren gekehrt.

Gute Reform für die Versicherten

Mit der Gesundheitsreform wurde eine Weichenstellung zu einer neuen Gesundheitsversicherung beschlossen, die den Versicherten auch künftig alle notwendigen medizinischen Maßnahmen garantiert und die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle gewährleistet. Gleichzeitig wird der Wettbewerb unter den Krankenversicherungen im Interesse der Versicherten erhöht. Mit der Gesundheitsreform

konnte die CDU drei zentrale Ziele erreichen:

1. Entkopplung der Arbeits- von den Gesundheitskosten

Mit der gesetzlichen Fixierung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ist ein wichtiger Schritt zur Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten erreicht. Steigende Gesundheitsausgaben werden sich in Zukunft nicht mehr automatisch auf den Faktor Arbeit auswirken!

2. Mehr Wettbewerb innerhalb des Gesundheitssystems

Mit der Einrichtung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 beginnt nun endlich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ein richtiger Wettbewerb.

Der Versicherte kann zukünftig das Angebot der Kassen nach Leistung und Preis besser beurteilen. Die Wahlmöglichkeiten werden damit zum Jahresanfang deutlich verbessert.

3. Erhalt des Systems der Privaten Krankenversicherung

Das funktionierende System der Privaten Krankenversicherung bleibt ohne Abstriche erhalten. Zusätzlich haben wir auch innerhalb der Privaten Krankenversicherung den Wettbewerb zu Gunsten der Versicherten erhöht. Die CDU hat mit der Gesundheitsreform die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung in Richtung der solidarischen Gesundheitsprämie erreicht.

Gleichzeitig haben wir die Einführung der von der SPD geplanten Bürgerversicherung verhindert.

Unter dem Strich können wir sagen: Harte Arbeit und zähes Ringen haben sich gelohnt. Die Große Koalition hat einen wichtigen Schritt getan und ein gutes Zeichen für die künftige Arbeit gesetzt.

Mittelstand für mehr Arbeitsplätze gestärkt

Die vereinbarte neue Unternehmensteuer entlastet in erster Linie den Mittelstand, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Diese Reform stärkt auch den Standort Deutschland: Internationale Unternehmen finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren. Die CDU gibt mit der Unternehmensteuerreform Antworten auf die Erfordernisse der Globalisierung und schafft die Voraussetzungen für Wachstum, Arbeitsplätze und neue Investitionen in Deutschland.

Die CDU konnte drei zentrale Punkte durchsetzen:

1. Niedrige Steuersätze als Vorteil im internationalen Standortwettbewerb.

Die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen sinkt nach über 10 Jahren erstmals vom europäischen Spitzenplatz (bisher 39 Prozent!) auf unter 30 Prozent. Damit können wir wieder im europäischen Vergleich mithalten. Die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen sind Voraussetzung, damit vermehrt internationale Unternehmen in Deutschland investieren. Das schafft unter dem Strich neue Arbeitsplätze

und steuerliche Mehreinnahmen.

2. Gewinner ist der deutsche Mittelstand!

Erstmals profitieren mittelständische Unternehmen (Personengesellschaften) von den niedrigeren Steuersätzen für Konzerne (Kapital- und Aktiengesellschaften), wenn sie Gewinne im Unternehmen behalten. Dies stärkt die Investitions- und Eigenkapitalquote des Mittelstands, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren von neuen und höheren Steuererfreigrenzen und -freibeträgen. Das ist sinnvoll, fair und

gerecht, denn es ist der Mittelstand, der rund 70 Prozent der Arbeitsplätze schafft und ca. 80 Prozent aller Auszubildenden in unserem Land beschäftigt.

3. Sicherung der steuerlichen Einnahmehasis für die öffentlichen Haushalte.

Die Gewerbesteuer bleibt in veränderter Form erhalten, zugleich werden Steuerschlupflöcher geschlossen. Wer dennoch trickst und Gewinne ins Ausland verlagert, muss künftig mit Konsequenzen rechnen. Die Einführung einer Abgeltungsteuer von 25 Prozent ab dem 01.01.2009 ermöglicht die unbürokrati-

sche Besteuerung von Kapitalerträgen und beendet die „Kontenschnüferei“.

Ein Jahr Kanzlerin Angela Merkel

Berlin kann mehr.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der CDU-Landvorsitzende auf einer Kundgebung zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin. Merkel wurde am 22. November 2005 im Bundestag zur Regierungschefin der zweiten Großen Koalition gewählt. Deutlich besser als die derzeitigen Umfragewerte zur großen Koalition sind deren Ergebnisse. Fallende Arbeitslosenzahlen, steigende Beschäftigungszahlen und steigende Steuereinnahmen – wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Fair Play zwischen CDU und Grünen

Am 30. Oktober 2006 trafen sich CDU und Grüne zum Fußball-Freundschaftsspiel im Moabiter Poststadion. Der Initiator dieses sportlichen Wettstreit war der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Michael Braun.

Die Idee zu dem Spiel kam Braun, als er sich zwei Bälle von Franz Beckenbauer signieren ließ. Der „Kaiser“ trug sich im Roten Rathaus in das „Goldene Buch“ der Stadt ein. Die damalige Spitzenkandidatin und jetzige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Franziska Eichstädt-Bohlig, war ebenfalls auf der Veranstaltung. Eichstädt-Bohlig war so begeistert, dass Braun ihr ein Fußballspiel zwischen CDU und Grüne vorschlug mit einem der beiden Bälle als Siegerprämie. Aus

dem „Kaiser-Ball“ wurde letztlich ein „Kanzlerin-Ball“. Denn wegen mehrfacher Terminverschiebungen überreichte Braun die beiden Bälle zwei

Jugendprojekten. Als sich doch noch ein Termin fand, sorgte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Friedbert Pflüger, mit einem handsignierten Ball

von Bundeskanzlerin Angela Merkel für einen gleichwertigen Ersatz. Mit von der Partie waren auf Seiten der Union neben Braun und Pflüger der

Generalsekretär der CDU Berlin, Frank Henkel. Bei den Grünen standen der Fraktionsvorsitzende, Volker Ratzman, und die Fußballmannschaft der Grünen des Bundestags, „Grüne Tulpe“, auf dem Spielfeld. Nach einer fulminanten Aufholjagd unterlag die Union knapp mit 5:6. Pflüger sah in diesem Fußballspiel mehr als nur einen sportlichen Wettstreit. Im Bundestag gehörte er einer Pizza-Connection an. Junge Politiker von CDU und Grünen trafen sich informell bei Pizza und Rotwein zum Meinungsaustausch. Nun existiert in Berlin eine Fußball-Connection, so Pflüger.

Bei der Gänge es jedoch noch nicht um eine gemeinsame Mannschaft, sondern erst einmal um Fair Play im Umgang miteinander.



Die Fraktionschefs Friedbert Pflüger CDU, Volker Ratzman, Bündnis 90/Die Grünen, CDU Generalsekretär Frank Henkel und Fraktionsvize Michael Braun

Schwarz-Grünes Bündnis zeigt Perspektiven

Norbert Kopp (52) ist der erste Berliner Bezirksbürgermeister, der von einer schwarz-grünen Zählgemeinschaft gewählt wurde. Nach sehr konstruktiven Verhandlungen hatten sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die CDU in Steglitz-Zehlendorf geeinigt und die zentralen Projekte für die nächsten fünf Jahre benannt.

Als Schwerpunkte ihrer Politik im Bezirk haben die Partner die Bereiche Jugend, Schule und Soziales festge-

legt. Außerdem hat man sich auf den Ausbau der Bürgerbeteiligung und eine Neube-gründung der bezirklichen Erinnerungskultur verständigt.

„Ein wesentliches Ziel der Koalitionspartner ist die weitere Optimierung der bezirklichen Verwaltungsstrukturen. Vor dem Hintergrund immer knapper werdenden Finanzen muss der Bezirk in vielen Bereichen neue Wege gehen“, erläutert der neue Bezirksbürgermeister Norbert Kopp.

Die Fraktionen von CDU

und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben vereinbart, für die Dauer der gesamten Wahlperiode eine partnerschaftliche, an den konkreten Aufgaben orientierte Zusammenarbeit zu pflegen. Dissenspunkte sollen in einem gemeinsamen Gremium der Koalitionspartner erörtert und einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden.

Lob vom Vorsitzenden

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, zeigte sich erfreut über die erste schwarz-grüne Zusammenarbeit auf Bezirk-

ebene: „Es freut uns, dass damit ein Zeichen für eine breitere Bündnisfähigkeit der Union in Berlin gesetzt werden kann. Solch ein Bündnis zwischen der Union und den Grünen ist ein weiterer Baustein in der politischen Sackgasse, in die sich die Landes-SPD mit ihrer unterwürfigen Bindung an den Koalitionspartner Linkspartei.PDS be-gibt.“

Ingo Schmitt zeigt die Erwartung, dass dieses Bündnis in Steglitz-Zehlendorf fünf Jahre halten wird und endgültig hilft, vermeintliche Barri-eren zwischen den beteiligten

Parteien abzubauen, um auch Perspektiven für ganz Berlin zu eröffnen.



Kritik am Bleiberechts-Kompromis

Der Einigung der Koalitionsexperten zum Bleiberecht zufolge dürfen nur diejenigen Ausländer auf Dauer in Deutschland leben, die sich und ihre Familie selbst ernähren können und nicht auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Der CDU-Innenrechtsexperte Frank Henkel sieht dies jedoch kritisch.

Der Koalitionskommissende ein ambivalentes Signal aus, sagt er. Henkel: „Prinzipiell ist es zu begrüßen, dass die

Bundesregierung sich der Frage der langjährig in Deutschland geduldeten Ausländer annimmt. Insbesondere die Situation der Ketten-duldungen ist nicht länger tragbar gewesen.“ Problematisch werde die vorgeschlagene einmalige Bleiberegulation aber dadurch,

dass auch diejenigen, die sich dauerhaft mit Erfolg ihrer Aus-reisepflicht entzogen haben, nun dafür belohnt werden. „Hier bedarf die vorliegende Einigung einer kritischen Re-vision und der Überprüfung auf ihre Umsetzbarkeit in der Praxis. Es muss gewährleistet sein, dass kein dauerhafter Verbleib in den sozialen Sicherungssystemen droht. Länder und Kommunen dürfen am Ende nicht die Leidtragenden sein“, mahnt Henkel.

Das Leistungsprinzip, be-findet der CDU-Politiker, wo-nach die Aussicht auf eine Be-schäftigungsmöglichkeit vor den Erhalt des Aufenthaltstitels gestellt ist, sollte im Vor-dergrund stehen. Henkel: „Ar-beit geht vor Alimentation. Deshalb ist die Forderung des bayerischen Innenministers sinnvoll. Es muss eine Aus-sicht auf eine Beschäftigungsmöglichkeit geben, am besten durch den Nachweis eines po-tentiellen Arbeitgebers.“



Frank Henkel

Boxtrainer kämpft für die CDU



Miniatür-Boxhandschuhe als Zeichen des sportlichen Engagements. Marlies Wanjura und Ulli Wegner.

Mit großer Freude hat die CDU-Fraktion die Bereitschaft von Boxtrainer Ulli Wegner aufgenommen, für die CDU im Sportausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf als Bürgerdeputierter tätig zu werden.

Diese ehrenamtliche Tätigkeit übernimmt der Weltmeister-Trainer (unter anderem trainiert er Arthur Abraham, Sven Ottke, Markus Beyer) mit großer Begeisterung. „Das Angebot der CDU dem Sport – besonders dem Jugendsport – im Bezirk beratend zur Seite zu stehen, habe ich dankbar angenommen. Ich verfolge die Politik an meinem Wohnort regelmäßig und bin von Bürgermeisterin Marlies Wanjura überzeugt. Die CDU ist

meine Partei und trotz Zeitproblemen, werde ich versuchen meine Verantwortung so gut es geht wahrzunehmen“, gibt sich Ulli Wegner, der seit vier Jahren im Bezirk wohnt, engagiert! Seit längerem verbindet Ulli Wegner und Dirk Steffel, Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Tegel eine Freundschaft. Der CDU-Bezirkspolitiker stellt fest: „Ulli hat regelmäßig Interesse an seinem Wohnbezirk und dem Sport vor Ort und war sofort für die Idee offen. Es zeichnet die tolle Arbeit unsere Partei und unsere Fraktion aus, einen solchen Fachmann für unsere Arbeit gewinnen zu können! Wir werden ihn mit Stolz und Freude für dieses Amt vorschlagen!“

Junge Gruppe in konstituiert

Die Junge Gruppe der CDU-Fraktion hat sich konstituiert und Sven Rissmann zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Rissmann zog bei dieser Abgeordnetenhauswahl zum ersten Mal ins Parla-

ment ein. Der 28-jährige Abgeordnete aus Mitte wird unterstützt durch Cornelia Seibeld (32), die in Lichterfelde direkt für die CDU gewählt wurde. Zweiter Stellvertreter ist Heiko Melzer. Der 30-jährige hat in Spandau seine politische Heimat. Den Vorstand komplettiert der in Steglitz-Zehlendorf (Lankwitz) direkt gewählte Abgeordnete Oliver Friederici (36). Insgesamt sind 15 Parlamentarier der CDU-Fraktion unter 40 Jahren und damit Mitglied der Jungen Gruppe.

Erste CDU-Abgeordnete mit Migrationshintergrund

Emine Demirbük-Wegner war die erste Frau im Bundesvorstand der CDU mit türkischem Migrationshintergrund. Jetzt ist sie die erste CDU-Abgeordnete in einem bundesdeutschen Parlament, die in der Türkei geboren wurde.

Die 45-jährige wurde im türkischen Killis geboren und kam 1969 mit ihren Eltern nach Berlin. Die studierte Germanistin und Publizistin trat vor zehn Jahren in die CDU ein. Neben dem Studi-

um begann sie, als Sozialarbeiterin zu arbeiten, in einem Berufsausbildungszentrum, bei der Arbeiterwohlfahrt und im Jugendsozialwerk. Als junge Journalistin entwickelte sie beim Sender Freies Berlin türkisch-sprachige Radiosendungen. 1988 wurde sie Integrationsbeauftragte des Bezirks Berlin-Schöneberg, heute Tempelhof-Schöneberg. Sie war die erste Frau mit türkischem Migrationshintergrund in Berlin auf diesem Posten. Sie beriet von

2001 an zwei Jahre lang den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Berliner Rathaus zu Integrations- und Familienfragen. 2002 stieg sie in den Landesvorstand auf. Auf dem Bundesparteitag der Christdemokraten wurde sie 2004 in den Bundesvorstand der CDU gewählt.

Jetzt rückte sie für Katrin Schultze-Berndt ins Abgeordnetenhaus nach. Schultze-Berndt wurde vor kurzem zur Bezirksstadträtin in Reinickendorf gewählt.



CDA-Berlin für Rüttgers-Vorschläge

Viel Zustimmung erhielt der Generalsekretär der Berliner CDU, Frank Henkel, für seine Rede zum Thema „Neue Wege für eine bürgernahe Stadtpolitik“ bei der Landestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) am 11. November 2006 im BVV-Saal des Rathauses Tiergarten.

Henkel, der außerdem erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Abgeordnetenhausfraktion ist (linkes Bild), stellte die Aus-

richtung der CDU in Berlin für die kommenden Jahre vor: bürgernah, sozial engagiert



und an den Problemen der Menschen in der Stadt orientiert. Er unterstützte ausdrücklich die Vorstellungen

des nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers zur Reform der



Hartz-IV-Gesetze. „Wie viele Sozialdemokraten verstehe ich die Kritik der SPD-Spitze an den Vorschlägen zum län-

geren Bezug von ALG I für ältere Arbeitnehmer überhaupt nicht. Wir werden den Antrag



auf dem Bundesparteitag Ende November unterstützen“, so Frank Henkel. Die stellvertretende Bundesvor-

sitzende der CDU-Sozialausschüsse, Silke Striezel-Wolff, freute sich über die Berliner Zustimmung und bot die Zusammenarbeit an, um möglichst viele Delegierte für den Antrag zu gewinnen. In weiteren Redebeiträgen wurde der CDU-Generalsekretär ermuntert, den gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Friedbert Pflüger eingeschlagenen Kurs konsequent fortzusetzen. CDA-Landesvorsitzender Horst Gedack (rechtes Bild) kündigte an, daran intensiv mitarbeiten zu wollen.

Fortsetzung von Seite 1: Nicht zuletzt mit seinen populistischen Wahlversprechen zur Einheitsschule und drei kostenlosen Kita-Jahren hatte Wowereit dem Gericht jeden Vorwand zur Ablehnung der Klage gegeben. Damit hat er auch die anderen Bundesländer gegen Berlin eingenommen, die sich selbst diese Wohltaten finanziell nicht leisten. Das Gericht selbst beklagte, dass Wowereit es nicht vermocht habe, die besondere teilungsbedingte Lage Berlins zu vermitteln! Schlimmer noch, der Regierende Bürgermeister hat mit patzigen Worten, mit Trotz und Arroganz reagiert. Frei nach dem Motto: Wenn ihr uns nicht helfen wollt, machen wir was wir wollen. Mit jedem neuen Tag trägt er zu einer größeren Entsolidarisierung des Bundes und der Länder mit der Hauptstadt bei. Im Handstreich wollte er dem Bund die Verantwortung für die Staatsoper, das Humboldt-Forum, die Kanzler-U-Bahn, sowie die Kosten für die hauptstadtbedingten Polizei-Sonderaufgaben übertragen. Eine törichte Art und Weise, um Verständnis zu fragen. Die öffentlichen Forderungen mussten geradezu automatisch zu der Abfuhr führen, die er am 13. November von Angela Merkel erhielt. Vorläufiger Höhepunkt der ideologischen Fehlentscheidungen ist das bislang kategorische Nein zum Flughafen Tempelhof. Nach Jahren unseres Kampfes um den City-Airport und der Intervention der Bundeskanzlerin noch im September gibt es jetzt einen seriösen Investor. Dieser will nicht nur das denkmalgeschützte Gebäude, sondern auch den Betrieb für Privat- und Geschäftsflieger aufrecht erhalten und beleben. Das ist für den Wirtschaftsstandort Berlin von entscheidender Bedeutung. Ich fordere Herrn Wowereit auf, endlich den Antrag auf Stilllegung des Flughafens zurückzuziehen.



„Kultur? Ditte machen wa jetzt selba“ unkt die FAZ in ungewohnt flapsiger Manier.

Die altherwürdige deutsche Tageszeitung befindet, dass die Entscheidung der rot-roten Koalition in Berlin, das Amt des Kultursenators künftig in der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters anzusiedeln, etwas Kurt-Krömerhaftes hat. Und weiter: „Kurt Krömer ist nicht etwa der neue Staatssekretär von Klaus Wowereit, sondern ein Komiker, der kleinbürgerlich schrill („Na, Du alte Kackbratze“ lautet der Titel seines Programms) derzeit Berlins stärkste Charme-Offensive darstellt.“ In seinen Worten dürfte sich Wowereits Entscheidung, befindet die FAZ schließlich, etwa so wie eingangs zitiert angehört haben.

Noch nicht wirklich im Amt, hinterlässt der selbsternannte Kultur-Chef Wowereit bereits eine Spur von Niederlagen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Friedbert Pflüger, der stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Braun, und die Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur/Medien, Monika Grütters, fassen zusammen: „Das frühzeitige Ausscheiden des Generaldirektors der Berliner Opernstiftung, Michael Schindhelm, ist ein Verlust für unsere Stadt, ein weiteres verheerendes Signal für die Opern- und Kulturmetropole Berlin. Herrn Schindhelm gebührt Dank für seine engagierte Arbeit und den unbändigen Willen, unter schwersten Bedingungen und geplagt vom

Dauer-Mobbing Wowereits, die Leistungsfähigkeit der Berliner Opernlandschaft zu festigen. Der neue Kultursenator Wowereit steht zu Beginn seiner Amtszeit vor einem selbstverschuldeten Desaster: Kein tragfähiges Opernkonzept, keine Antwort auf die Angebote der Bundesregierung (50 Mio. Euro) und der Dussmann-Initiative (30 Mio. Euro) zur Sanierung der Staatsoper, Frontal-Abgabe des Bundes hinsichtlich der Wowereit-Forderung zur Übernahme der Staatsoper.“ Die CDU-Politiker sind sich einig: „Über diesen kulturpolitischen Scherbenhaufen kann sich niemand freuen! Er geht an die Substanz des Wertvollsten, was Berlin Deutschland und der Welt gibt: seinen Charakter als Kulturmetropole im Herzen Europas.“

Die Kritik an Wowereits „koalitionstaktische Spielerei“, so einer der Vorwürfe, reicht quer durch die Reihen von Politik, Gesellschaft und Kulturschaffenden. Der bekannte Berliner Kunstmäzen Peter Raue hält die Entscheidung, besonders wenn man sie von außerhalb Berlins betrachte, für „eine Katastrophe“. Der Kultur-Staatssekretär der Bundesregierung Bernd Neumann fügt die Attribute „dreist“ und „atemberaubende Hemdsärmeligkeit“ zum Politikstil des Regierenden Bürgermeisters hinzu. Die taz nimmt das Stichwort auf und gibt Wowereit einen Ratschlag mit auf den Weg: „Das Parkett der Kultur ist glatt. Wenn Wowereit nicht ausrutschen will, muss er von seinen hemdsärmeligen Wirtschaftsmanieren Abstand nehmen.“

Berlin kann mehr - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Telefax

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin
Wallstraße 14A
10179 Berlin
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0
Fax: 0 30. 32 69 04 -44
eMail: cduberlin@cduberlin.de



www.cduberlin.de